DER PARITÄTISCHE
Gesamtverband

Dr. Andreas Aust, andreas.aust@ paritaet.org

	CDU /CSU Wahlprogramm	SPD – Wahlprogramm	B90 / Grünen – Wahlprogramm (Entwurf)	FDP – Wahlprogramm	Linke - Wahlprogramm (Entwurf)	BSW - Wahlprogramm
Bürgergeld	„Bürgergeld abschaffen“; ersetzen durch eine „neue Grund-sicherung“; „Fördern und Fordern muss immer gelten“. - Wiedereinführung des Vermittlungs-vorrangs; - Komplette Leistungs-einstellung bei Weigerung Arbeit anzunehmen; - mehr Arbeitsanreize: Reform der Hinzuverdienste und „Transfer-entzugsraten“; - Vermittlung im Fokus; Spracherwerb bei	„Recht auf Arbeit“; daher: passendes Angebot, dafür aktive Arbeitsmarkt finanziell stärken; „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ finanzieren, daher: Passiv-Aktiv-Transfers ausweiten, vereinfachen und gesetzlich verankern. Mitwirkung notwendig, Fordern bleibt; kein bedingungsloses Grundeinkommen Ziel: Beendigung der Hilfebedürftigkeit durch Qualifizierung und Weiterbildung; Jobcenter „personell und	Kritik an Ausspielen von Arbeitslosen gegen Erwerbstätige. Jeder Mensch in Not hat das Recht auf soziale Teilhabe → Bürgergeld. - schützt vor Armut und ermöglicht Teilhabe; Ziel: zumutbare Arbeit oder Selbstständigkeit; Unterstützung durch: Qualifizierung, Ausbildung, Weiterbildung und vor allen Dingen: schnelle und nachhaltige Vermittlung; aktive Mitwirkung	„Bürgergeld grundlegend reformieren“ Grund: unzureichende Arbeitsanreize „Mehr Aktivierung“; „oberste Ziel lautet: Arbeit statt Bürgergeld“; „aktive Bringschuld und Eigeninitiative“ inklusive Beweislast; JC unterstützt und prüft Aktivitäten; „bei fehlender Initiative sollen die Sozialleistungen Stück für Stück reduziert werden.“ Wirksamere Sanktionen. hohe Kontaktdichte	Bürgergeld – kleingerechnet; mindestens 813 Euro (Paritätischer) „für das Recht auf Existenzsicherung ohne Gängelung und Strafen“. Weiterentwicklung zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung; Höhe: Armutsgefährdungs-grenze, d.h. 1.400 Euro	Bürgergeld „durch eine leistungsstarke und leistungs-gerechte Arbeits-losenversicherung ersetzen“. Schutz langjährig Versicherter – sollen „so lange 60 Prozent ihres letzten Nettogehalts erhalten, bis ihnen eine zumutbare Beschäftigung angeboten wird oder sie eigen-ständig eine gefunden haben“ Zugang zur ALV für Selbstständige Leistungsmiss-brauch durch mehr

Dr. Andreas Aust, andreas.aust@ paritaet.org

	der Arbeit; - Karenzzeit bei Vermögen abschaffen → ab Beginn: Vermögensprüfung; - „Modernisierung“ Fortschreibung; gegen „überproportionale Erhöhung“ - Bekämpfung Missbrauch durch intensivierten Datenaustausch	finanziell so ausstatten, dass sie eine individuelle und engmaschige Beratung sicherstellen können.“ daneben: sozialer Arbeitsmarkt als weiteres Instrument	einzufordern. bessere Anreize; „Arbeitsgelegen-heiten“, um Menschen an den Arbeitsmarkt zurückzuführen. für gute und auskömmliche Arbeit: Mindestlohn und gegen prekäre Arbeit Weiterhin: Neuermittlung des Existenzminimums für Kinder (S. 38)	in den ersten 12 Monaten Verschärfung der Zumutbarkeits-regeln: längere Pendelzeiten und Umzüge zumutbar „Arbeitsgelegen-heiten für Totalverweigerer“ Absenkung des Regelsatzes Verbesserung der Hinzuverdienste in der Grundsicherung und im Wohngeld Perspektivisch: Zusammenfassung steuerfinanzierter Leistungen wie Bürgergeld und Wohngeld; negative Einkommenssteuer		Kontrollen unterbinden; gezielte Unterstützung; Mitwirkungs-pflichten bei Qualifizierungs-angeboten notwendig; „Konsequenzen“ bei Ablehnung ohne triftige Gründe; Jobcenter müssen personell und finanziell besser ausgestattet werden; (keine Aussage zu Leistungshöhe Bürgergeld)

DER PARITÄTISCHE
Gesamtverband

Dr. Andreas Aust, andreas.aust@ paritaet.org

				Mietkosten – zukünftig: regionale Pauschale für Unterkunftskosten Maßnahmen gegen Missbrauch und Schwarzarbeit [individuelle Wahlfreiheiten in der ALV -> Beitragsreduktion ermöglichen]		
Rente / Alterssicherung	Keine Erhöhung des Renteneintritts-alters; Rente für besonders langjährig Versicherte bleibt; Norm: bei 45 Jahren Vollzeitarbeit (oder Pflege oder Erziehung) höhere Rente als Grundsicherung; „keine Renten-kürzungen“; stabile Beiträge	Keine Erhöhung des Renteneintritts-alters; Rente für besonders langjährig Versicherte bleibt; Norm: guter Lebensstandard im Alter; dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent;	Keine Erhöhung des Renteneintritts-alters; Rente für besonders langjährig Versicherte bleibt; Generationen-gerechte Verteilung der Kosten (gute Löhne, mehr Beschäftigung, auch qualifizierte Zuwanderung); Rentenniveau von mindestens 48	Flexibilisierung des Renteneintritts; selbst entscheiden. Je später, desto höher die Rente; Gesetzliche Aktienrente: ein Teil der Beiträge in Fonds anlegen; partielle Einführung von Kapitaldeckung in GRV;	„Rente erst ab 67“ – Rentenkürzung, für die nicht so lange durchhalten -> Regelaltersgrenze von 65 Jahren nach 40 (eigenen) Beitragsjahren ab 60 Jahre Renteneintritt ermöglichen; Erwerbstätigen-versicherung in die alle einzahlen;	Gesetzliche Rente ist aktuell „eine Armutsfalle“. Mindestrente von 1500 Euro nach 40 Versicherungs-jahren; (1300 Euro nach 30 Vers.-jahren und 1200 Euro nach 15 Jahren); Vorbild: Österreich; höheres Leistungsniveau

DER PARITÄTISCHE
Gesamtverband

Dr. Andreas Aust, andreas.aust@ paritaet.org

	„Aktivrente“: wer länger arbeitet bekommt Gehalt bis 2.000 Euro steuerfrei; Stärkung private und betriebliche AS; „Frühstart-Rente“ – Aufbau Kapitalstock für Rente für Kinder vom 6. Bis 18. Lebensjahr; 10 Euro / Monat; verbindliche Altersvorsorge für Selbstständige	Für Arbeit im Rentenalter: AG-beitrag für ALV und GRV an AN auszahlen; auch Einmalzahlung statt erhöhter Ansprüche ermöglichen Stärkung betrieblicher und privater Vorsorge; Konzentration der Förderung privater Altersvorsorge auf kleine und mittlere Einkommen; in der Perspektive: Erwerbstätigenversicherung; zunächst: alle Selbstständigen	Prozent für langjährig Versicherte; Anreize für Arbeit in Rentenalter „in der gesetzlichen Rentenversicherung .. Einstieg in eine notwendige ergänzende Kapitaldeckung“ mittels Darlehen aus Bundesetat; hierfür Schaffung eines „Bürger*innen-fonds“ → Unterstützung geringer und mittlerer Renten Perspektive: Bürgerversicherung private Vorsorge – ebenfalls über Bürger*innenfonds	Steuerliche Förderung von (privaten) Altersvorsorge-depots betriebliche AV: höheren Aktienanteil und Betrieben reine Beitragszusage ermöglichen	Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben; Beitrags-bemessungsgrenze verdoppeln; Niedrige Renten-ansprüche aufwerten; „Solidarische Mindestrente“ – Zuschlag bis zur Armutsschwelle, derzeit 1.400 Euro.	und Erwerbstätigen-versicherung; Erhalt des Lebensstandards als Ziel, durchschnittl. Leistungsniveau: 75 Prozent des im Erwerbsleben erzielten Nettoeinkommen; Sofortmaßnahme wegen Inflation: 120 Euro mehr für alle Renten Stärkung der umlagefinanzierten Renten abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren ab 63 Jahren; keine Erhöhung des Renteneintritts-alters; „keine Spekulation

DER PARITÄTISCHE
Gesamtverband

Dr. Andreas Aust, andreas.aust@ paritaet.org

			Weiterentwicklung der Grundrente zu einer „Garantie-rente“ nach 30 Versicherungs-jahren“			mit der Rente am Aktienmarkt“
Mindestlohn	„stehen zum ges. Mindestlohn und einer starken unabhängigen Mindestlohn-kommission“	15 Euro	15 Euro	„lehnen politische Eingriffe in die Arbeit der Mindestlohn-kommission ab“	EU: 60 Prozent des Durchschnittslohns; 2025: 15 Euro	„unverzüglich“ auf 15 Euro anheben
Armut	Altersarmut von Aussiedlern Alleinerziehende – Erhöhung des Entlastungsbetrags; Pflege darf kein Armutsrisiko sein.	Altersarmut – Frauen; Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten; gegen Mini-Jobs, für gleichwertige Arbeit; europäische Mindeststandards bei den GruSi Systemen; globale Herausforderung	Kinderarmut -> Kindergrund-sicherung ; Altersarmut -> Ausweitung der Grundrente (30 Jahre); Bürgergeld -> realisiert; keine Anhebung der Leistungen gefordert; Ziel: (gute) Arbeit; auch ALG	Armut – thematisiert als Altersarmut von Frauen; Vorschläge: Erwerbsarbeit und Nutzung von Rentenpunkten-splitting bei Übernahme von care-Aufgaben	Armut bekämpfen und Umverteilung Kernanliegen „Für uns ist klar: Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ist eines der größten Probleme unserer Zeit.“	Wachsende soziale Ungleichheit bei Einkommen thematisiert; Armut fokussiert auf Rentner*innen und Kindern / Eltern „für eine gerechte Leistungs-gesellschaft“